Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

10.11.2012 Nr. 09

Inhalt:

Gründung des SPD-Ortsvereins Rhede	S. 1	Entsendung von Truppen in Krisengebiete	S. 4
SPD fordert Frauenhaus	S. 2	Diskussion über Jugendhilfekosten	S. 4
Zur Bundestagswahl	S. 2	Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte	S. 7
Zur Boßeltour	S. 3	Ems-Vertiefung	S. 7
Soziale Betriebe	S. 3	Forderungen zum ÖPNV	S. 8

Oktober 1990

Montag,
8. Oktober 1990

Ems-Zeitung

AUCH IN DER GEMEINDE RHEDE gibt es jetzt einen SPD-Ortsverein. Unser Bild zeigt von links: Peter Raske, Abel Marsmann, Hermann-Oskar Johann, Inge Lemmermann, Helene Marsmann, Uta Nintemann, Gerd Baumert, Alfred Rüther, Bernd Nintemann.

SPD tilgte „letzten weißen Fleck auf der Landkarte“

Ortsverein nahm Arbeit auf - Bessere Verkehrsverbindung gefordert

Rhede. — Die erste Neugründung eines SPD-Ortsvereins nach dem Vereinigungsparteitag der ost- und westdeutschen Sozialdemokraten in Berlin fand in Rhede statt. Die Landtagsabgeordnete Inge Lemmermann eröffnete die Gründungsversammlung und sagte: „Mit der Gründung des Ortsvereins Rhede wird die Politik des Unterbezirks Emsland fortgesetzt, sozialdemokratische Politik möglichst bürgernah zu betreiben. Rhede ist die letzte Einheits- bzw. Samtgemeinde im SPD-Bezirk Weser-Ems, in der es bisher keinen eigenständigen Ortsverein gab. Mit dieser Gründung wird der letzte weiße Fleck auf der Landkarte beseitigt.“

Peter Raske, Vorsitzender des Ortsvereins Papenburg, der bisher die Gemeinde Rhede mitbetreute, gab sich zuversichtlich in bezug auf die politische Arbeit im Emsland, in dem es nun mit Rhede insgesamt 21 SPD-Ortsvereine gibt.

Der SPD-Geschäftsführer für das Emsland, Ulrich Iserlohe, nahm in seinem Referat auch Bezug auf einen Besuch des SPD-Bundesvorsitzenden Hans-Jochen Vogel im Bezirk Weser-Ems, bei dem er auch feststellte, daß nur noch Rhede ohne eigenen Ortsverein sei. Vogel habe damals, so Ulrich Iserlohe, versprochen, nach Rhede zu kommen, sobald dort ein Ortsverein mit 50 Mitgliedern existiert. Dieses sollten sich die Mitglieder zum Anlaß nehmen, um durch gute bürgernahe Politik für einen starken Mitgliederzuwachs zu sorgen.

Die anschließenden Vorstandswahlen brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Abel Marsmann, stellv. Vorsitzender: Gerd Baumert, Schriftführer: Hermann-Oskar Johann, Kassiererin: Helene Marsmann, Bildungsobmann: Bernd Nintemann, Revisoren: Uta Nintemann und Alfons Rüther.

Im weiteren Verlauf wurde eine Resolution an die Kreistags-, Landtags- und Bundestagsabgeordneten verabschiedet, in der es darum geht, die Anbindung Rhedes an den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern. Dies gilt insbesondere an den Wochenenden, um u. a. den Jugendlichen die Teilnahme an Veranstaltungen auch ohne eigenes Fahrzeug zu ermöglichen. Des weiteren wird in der Resolution die Einbindung des Emslandes und der Ostfriesischen Inseln in das IR-Netz (Linie 23) gefordert, da das von der Bundesbahn geplante Ende der Interregiolinie 23 in Rheine befürchten läßt, daß dies zu einem erheblichen Personalabbau in der emsländisch-ostfriesischen Region führt und unser Gebiet für den Ausflugsverkehr uninteressant macht.

„Menschen in Not helfen“

SPD fordert kreiseigenes Frauenhaus

Meppen. — Um Frauen und Kindern in Zukunft besser helfen zu können, muß nach Auffassung der SPD im Emsland ein Frauenhaus in der Trägerschaft des Landkreises eingerichtet und betrieben werden. Die stellvertretende SPD-Unterbezirksvorsitzende Karin Stief-Kreihe (Meppen) betonte, die in Papenburg, Meppen und Lingen bestehenden Frauenschutzwohnungen seien für einen Daueransturm, wie er sich, in den letzten Jahren dargestellt habe, nicht konzipiert. Sie reichten schon lange nicht mehr aus, um den zahlreichen Frauen und Kindern in Krisensituationen eine vorübergehende Bleibe zu gewähren.

Allein in Lingen sei die Zahl der schutzsuchenden Frauen von 10 im Jahre 1980 auf 62 im Jahre 1989 gestiegen. Das kreiseigene Frauenhaus müsse auch eine bessere Betreuung für die Frauen und Kinder anbieten, denn qualifizierte Beratung sei notwendig, wenn die Frauen zu einem selbstbestimmten Leben finden sollten. Für Alleinstehende mit Kindern gebe es keine Möglichkeiten mehr, auf dem freien Markt eine bezahlbare Wohnung zu bekommen.

„Tatsache ist, daß die Reichen immer reicher werden, während dafür zahlreiche Menschen am Rande der Gesellschaft nicht wissen, wie sie mit ihrem geringen Einkommen zurechtkommen sollen“, stellte Vorstandsmitglied Michael Fuest (Lingen) fest. Eine der wichtigsten Aufgaben im sozialpolitischen Bereich sei der soziale Wohnungsbau, ergänzte der sozialpolitische Sprecher der SPD, Peter Raske (Papenburg). Der Landkreis Emsland solle sich z. B. das neue Wohnbauförderungsprogramm des Landkreises Osnabrück zum Vorbild nehmen. Im Kreis Osnabrück würden vom Kreis und von den kreisangehörigen Gemeinden im Rahmen des neuen Wohnungsbauprogramms fast 7 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Ems-Zeitung 19.10.1990

Dezember 1990

CDU Papenburg wieder klar in Front
Starke Einbußen für andere Parteien

Seiters vergrößert Abstand zu anderen Direktkandidaten

Papenburg. — Ihre bei der letzten Bundestagswahl 1987 erlittenen Verluste konnte die CDU in der Stadt Papenburg beim gestrigen Urnengang mehr als wettmachen. 9148 Zweitstimmen markieren einen deutlichen Anstieg gegenüber 7728 bei der letzten Wahl. Damit ist das Ergebnis der Wahl von 1983 annähernd wieder erreicht worden. Analog zu den herben Verlusten im Bundesgebiet mußten die Sozialdemokraten auch in der Kanalstadt klare Einbußen hinnehmen: 4240 Zweitstimmen gegenüber 5419. Damit wurde auch das Ergebnis von 1983 klar verpaßt. Deutlich verloren haben auch die Grünen und — ganz gegen den Bundestrend — die Freien Demokraten.

1290 Zweitstimmen konnte die FDP verbuchen, während bei der letzten Abstimmung noch 1585 Wähler die Partei unterstützten. 920 Zweitstimmen hatten die Grünen 1987 in Papenburg erreicht. Gestern langte es gerade noch für 627. Im Spektrum der kleinen Parteien sind die Republikaner stärkste Kraft mit 91 Zweitstimmen, während die PDS nur 28mal ein zustimmendes Votum erhielt. Selbst Parteien wie „Die Grauen“ oder die NPD waren da noch stärker.

Einen ernsthaften Zweifel am Sieg von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters in der Konkurrenz der Direktkandidaten konnte vor der Wahl wohl kaum jemand haben. Der CDU-Politiker machte mit 10 474 Erststimmen die Wahlschlappe von 1987 wett. Analog zu den Zweitstimmen konnte das Ergebnis der Wahl von 1983 wieder erreicht werden. Kamen die Sozialdemokraten 1987 noch auf 5099 Stimmen für ihren Kandidaten Günther Tietjen, so mußte derselbe Politiker gestern mit nur 3805 Stimmen einen herben Rückschlag hinnehmen.

Verluste auch für Thomas Schulz (FDP): Nur 659 Stimmen konnte der Nachwuchspolitiker verbuchen, während sein Vorgänger Moosler immerhin noch auf 919 Voten kam. Einen Erdrutsch erlebten die Grünen auch bei den Erststimmen. Nur 590 Stimmen erhielt Michel Golibrzuch gegenüber 763 vor drei Jahren. Zurückgegangen ist allerdings auch die Zahl derjenigen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten: Waren es gestern 15 706 Wähler, kamen 1987 noch 17 455 zu den Urnen. Gültige Erststimmen: 15 581, gültige Zweitstimmen: 15 604.

Gaststätte Wessels: CDU: Erststimmen 239/Zweitstimmen 192, SPD: 73/79, FDP: 77/106, Grüne 8/12.

Amandushaus: CDU: 195/174, SPD: 57/66, FDP: 60/73, Grüne 17/11.

Gaststätte Sürken: CDU 233/202, SPD: 93/102, FDP: 86/107, Grüne 22/17.

Gaststätte Schmock v. Ohr: CDU: 254/216, SPD: 69/67, FDP: 60/94, Grüne: 16/17.

Gaststätte Christen: CDU: 271/232, SPD: 116/125, FDP: 76/104, Grüne: 20/15.

Gaststätte Schulte-Liesen: CDU: 225/188, SPD: 89/91, FDP: 45/75, Grüne: 12/8.

Gaststätte Simon: CDU: 177/148, SPD: 103/110, FDP: 12/28, Grüne: 7/11.

Gaststätte Waldlust: CDU: 291/239, SPD: 93/107, FDP: 10/30, Grüne: 20/28.

Gaststätte Hobbold: CDU: 196/179, SPD: 48/52, FDP: 16/24, Grüne: 7/7.

Gaststätte Reimers: CDU: 388/354, SPD: 91/97, FDP: 16/34, Grüne: 14/16.

Nenndorf: CDU: 76/68, SPD: 23/28, FDP: 3/7, Grüne: 7/5.

Tunxdorf: CDU: 86/78, SPD: 10/11, FDP: 7/14, Grüne: 2/1.

Kindergarten Wichernstraße: CDU: 278/235, SPD: 177/190, FDP: 11/24, Grüne: 18/23.

Gaststätte Roskamp: CDU: 210/183, SPD: 79/82, FDP: 4/24, Grüne: 14/13.

Gaststätte Abels: CDU: 194/158, SPD: 65/75, FDP: 5/22, Grüne: 4/9.

Gaststätte Bunte: CDU: 328/281, SPD: 83/92, FDP: 7/35, Grüne: 12/17.

Kolpinghaus: CDU: 304/261, SPD: 104/109, FDP: 19/47, Grüne: 15/18.

AOK: CDU: 287/247, SPD: 82/102, FDP: 9/30, Grüne: 16/11.

Gaststätte Graf Luckner: CDU: 217/198, SPD: 121/130, FDP: 3/10, Grüne: 14/16.

Gaststätte Vogelsang: CDU: 282/242, SPD: 113/122, FDP: 4/23, Grüne: 13/17.

Evang. Schule: CDU: 258/235, SPD: 99/105, FDP: 11/16, Grüne: 18/21.

Gaststätte Hoffmann: CDU: 375/334, SPD: 125/146, FDP: 5/19, Grüne: 15/17.

Gaststätte Schulte-Lind: CDU: 384/350, SPD: 141/161, FDP: 8/17, Grüne: 20/24.

Bethlehemschule: CDU: 296/263, SPD: 134/150, FDP: 10/19, Grüne: 10/12.

Gaststätte Speckmann-Gautier: CDU: 392/349, SPD: 122/149, FDP: 5/14, Grüne: 17/13.

Gaststätte Heyen: CDU: 334/303, SPD: 151/166, FDP: 2/20, Grüne: 22/19.

Gaststätte Rolfes: CDU: 242/217, SPD: 63/79, FDP: 1/2, Grüne: 16/19.

Jugendheim St. Marien: CDU: 312/287, SPD: 68/88, FDP: 3/9, Grüne: 14/12.

Gaststätte Kösters: CDU: 339/315, SPD: 88/101, FDP: 6/17, Grüne: 14/14.

Gaststätte Schulte: CDU: 290/237, SPD: 116/132, FDP: 14/42, Grüne: 10/13.

Mühlenschule: CDU: 379/321, SPD: 161/175, FDP: 9/37, Grüne: 27/33.

Gaststätte Bertelmann: CDU: 164/147, SPD: 55/55, FDP: 6/14, Grüne: 8/14.

Gaststätte Schwennen: CDU: 304/260, SPD: 81/98, FDP: 8/28, Grüne: 22/22.

Gaststätte Brake: CDU: 403/342, SPD: 174/194, FDP: 13/39, Grüne: 21/30.

Gaststätte Hünnen: CDU: 213/183, SPD: 172/188, FDP: 4/15, Grüne: 20/17.

Gaststätte Engeln: CDU: 299/274, SPD: 92/104, FDP: 4/17, Grüne: 27/23.

Don-Bosco-Heim: CDU: 432/363, SPD: 164/191, FDP: 13/36, Grüne: 27/30.

Gaststätte Finkenbrink: CDU: 327/293, SPD: 102/122, FDP: 7/18, Grüne: 24/22.

Ems-Zeitung 03.12.1990

JANUAR 1991

Boßeltour des SPD-Ortsvereins

Angesichts des Krieges am Golf machten sich die Vorstandsmitglieder Gedanken, ob es angebracht wäre, eine Boßeltour durchzuführen. Es gab dazu unterschiedliche Standpunkte. Bei dem Entschluss, diese Veranstaltung trotz des GoIfkrieges durchzuführen, war ein Gedanke ausschlaggebend. Die Ängste und Befürchtungen, die alle hatten, sollten nicht lähmen. Sie sollten verarbeitet und in Handeln umgesetzt werden. Es galt, nicht in Furcht zu erstarren sondern sich für die Aufgaben der Zukunft zu stärken. Wenn man mit Freunden unbefangen über die Bedrohung miteinander redete und sich gegenseitig Mut machte, könnte es leichter sein, für notwendige Veränderungen einzutreten . Dazu könnte auch eine solche Veranstaltung beitragen. Die Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik steht für Sozialdemokraten außer Zweifel. Wir sollten uns aber nicht durch die gegenwärtige Situation, den Terror Sadam Husseins und die möglichen Kriegsauswirkungen einschüchtern und lähmen lassen. In der Vergangenheit starben Menschen durch Krieg und Hunger und es wird wahrscheinlich auch in der Zukunft immer wieder so sein. Deshalb müssen und dürfen wir uns aber nicht unsere Lebensfreude nehmen 1assen. Sie gibt uns Mut und Stärke für unseren politischen Einsatz gegen die Ungerechtigkeit hier bei uns und in der übrigen Welt. Deshalb wurde die Boßeltour durchgeführt, auch wenn alle nicht ganz so ausgelassen wie sonst sein können oder wollen.

Zahl der Langzeitarbeitslosen wird in Zukunft weiter anwachsen

Minister Hiller erläuterte sein Modell „Soziale Betriebe" - Künftig Beratungsbüros

Papenburg (H. B.). – Kann ein Betrieb allen sozialen Forderungen entsprechen, den tariflich festgelegten Lohn zahlen und sich zugleich im freien Markt behaupten? Niedersachsens Sozialminister Walter Hiller versuchte am Mittwochabend im Gemeindesaal der St.-Josefs-Gemeinde vergeblich, Vertretern emsländischer und angrenzender ostfriesischer Beschäftigungsinitiativen die „Quadratur des Kreises" aufzuzeigen. „Ich habe hier heute sehr viel gelernt", bekannte der SPD-Politiker, nachdem seine Gesprächspartner ihm unmißverständlich klargemacht hatten, daß die Gründung „sozialer Betriebe", wie die Landesregierung sie zur dauerhaften Absicherung von Langzeitarbeitslosen plant, eigentlich nur mit einem sogenannten „zweiten Arbeitsmarkt" klappen kann.

Walter Hiller begann seinen Vortrag mit einem dicken Kompliment an die Emsländer, die sich bisher im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit viel hätten einfallen lassen. Da Studien zweifelsfrei ergeben hätten, daß die Zahl der Menschen, die dem Tempo unserer Industriegesellschaft aus den verschiedensten Gründen nicht gewachsen seien, noch steigen werde, wolle die Landesregierung jetzt Ernst machen und mit der Förderung von 500 Dauerarbeitsplätzen „ein erstes Zeichen setzen", betonte der Sozialminister.

In scharfer Form kritisierte Hiller das Verhalten vieler Betriebe bei der Einstellung von Behinderten. Statt aus sozialer Mitverantwortung wenigstens die gesetzlich vorgeschriebene Quote einzuhalten, entledige man sich dieser Aufgabe durch das Zahlen einer lächerlich geringen Ausgleichsabgabe von 200 DM. Mit Ministerpräsident Schröder sei er sich inzwischen einig, daß diese Abgabe auf 600 DM erhöht werden müsse. Niedersachsen wolle in Kürze in dieser Sache einen Vorstoß in Bonn unternehmen.

Mit den jetzt für die Gründung von „sozialen Betrieben" eingeplanten Mitteln soll zunächst auch eine Beratungsgesellschaft gegründet werden, die den vielen landesweit tätigen Beschäftigungsinitiativen mit Rat und Tat zur Seite steht. Welche Förderpraktiken gelten eigentlich, wo gibt es das Geld und für welchen Zweck – auf diese Fragen soll es künftig von kompetenter Seite Auskunft geben. Die „sozialen Betriebe", so der Minister, sollen ihre Mitarbeiter (ausschließlich Langzeitarbeitslose) durch ständige soziale und fachlich qualifizierte Betreuung fit halten, mit ihren Produkten auch Einnahmen erzielen und in professioneller Manier geführt werden.

Ob der Minister seinen jetzt vorliegenden Richtlinienentwurf aufrechterhalten kann, steht wohl noch in den Sternen. Walter Hiller mußte auf die vielen Fragen seiner Zuhörer „passen". Eine so gute und qualifizierte Diskussion zu diesem Thema habe er bisher überhaupt noch nicht geführt, räumte Hiller ein. Der Sozialminister bat seine Gesprächspartner, alle Anliegen mit seinem zuständigen Referatsleiter Dr. Kleine, der am 9. September ins Emsland kommt, zu besprechen. Wichtigste Kritikpunkte am jetzigen Entwurf sind aus Sicht der emsländischen Beschäftigungsinitiativen:

- Mit 500 Plätzen ist das für '91 vorgesehene Programm viel zu gering ausgefallen. Dieses Kontingent würde nicht einmal ausreichen, den Bedarf in der emsländisch-ostfriesischen Region zu decken.
- Die von Minister Hiller vorgetragenen Zahlen erschienen den Fachleuten zu niedrig. Um die schwierige Kostenfrage in den Griff zu bekommen, müßten in der Finanzierung von Arbeitslosigkeit auch neue Wege gegangen werden, hieß es mehrfach. Den Wettbewerb mit Betrieben in der freien Wirtschaft können „soziale Betriebe" auf keinen Fall bestehen. Es sei ehrlicher für alle Beteiligten, langfristig einen zweiten Arbeitsmarkt aufzubauen. Sinnvoll sei es auch, die Beratungsbüros auf regionaler Ebene zu installieren.

Periodische Nacheichung

Westoverledingen. – In der Zeit vom 3. 9. bis 10. 9. 1991 findet in der Gemeinde Westoverledingen die periodische Nacheichung durch das Eichamt Emden statt. Als Nacheichlokal ist am 3. September 1991 der Bauhof, 8.30 – 13.00 Uhr, der Gemeinde Westoverledingen in der Ortschaft Ihrhove, Conrebbersweg 8, eingerichtet. Eichpflichtige Meßgeräte, die nur am Aufstellungsort geeicht werden, müssen zur gleichen Zeit im Eichlokal oder vorher schriftlich beim Eichamt angemeldet werden.

Ems-Zeitung 30.01.1991

FEBRUAR 1991

Entsendung deutscher Truppen in Krisengebiete

Der SPD-Ortsverein Papenburg fasste folgenden Antrag für eine Resolution zum Unterbezirksparteitag am 9.3.1991 zur Entsendung von deutschen Truppen in Krisengebiete: „Liebe GenossInnen! In Sorge um eine deutsche Beteiligung am GoIfkrieg wenden wir uns an die SPD-Bundestagsfraktion mit folgendem Beschluss: „Wir appellieren an unsere Bundestagsfraktion, keinesfalls einer Grundgesetzänderung, die die Entsendung von deutschen Truppen in Krisengebiete ermöglicht, zuzustimmen.“
(Beschluss der Mitgliederversammlung am 4.2.1991)

Jugendhilfekosten im Emsland

Peter Raske warnte als sozialpolitischer Sprecher des SPD-Unterbezirks Emsland davor, voreilig die Kosten der Jugendhilfe im Emsland zur Diskussion zu stellen: „Will die CDU im Emsland eine Sparpolitik auf Kosten der sozial Schwachen?“ Mit der Diskussion aus Anlass des neuen KJHG über die Kosten der Jugendhilfe stellte der Oberkreis-direktor (OKD) die Absichten des neuen KJHG in Frage.

Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) wurde 1990 unter Mitwirkung aller Parteien umfassend neu gestaltet. Das Ziel, Kinder und Jugendliche bei den Maßnahmen und Diensten der Jugendhilfe nicht mehr isoliert zu betrachten, sondern deren Familie und sein soziales Umfeld einzubeziehen, wollte das KJHG auch durch eine Stärkung des Jugendamtes erreichen. Das Jugendamt erhielt eine nahezu uneingeschränkte örtliche und sachliche Zuständigkeit für die Durchführung der Aufgaben und die Gewährung der Leistungen der Jugendhilfe.

Für OKD Brümmer waren die Kosten der Jugendhilfe in Papenburg und Lingen zu hoch. Er stellte mit seiner Diskussion über die Kosten der Jugendhilfe ihre Existenz in Frage. Für den großflächigen Landkreis Emsland hatten sich die eigenständigen Jugendämter im Süden mit Lingen und im Norden mit Papenburg für eine ortsnahe und flexible auf die örtlichen Bedürfnisse eingehende Jugendhilfe bewährt. Wollte der OKD diese aus "finanzpolitischen Gründen" zur Disposition stellen?

Tatsache war, dass das Jugendamt des Landkreises im Gegensatz zu den Jugendämtern von Papenburg und Lingen nur 19% der Leistungen pro Kopf der Bevölkerung, die diese Jugendämter aufwenden, für seine Jugendlichen gewährte. Es könnte der Verdacht entstehen, dass der Landkreis Emsland seine Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe vernachlässigte.

OKD Brümmer behauptete, es bestünden keine inhaltlichen Differenzen zwischen den Jugendämtern und dem Landkreis. Wenn das so wäre, warum provozierte er dann durch eine Diskussion über die Kosten, dass die Jugendämter in Lingen und Papenburg eventuell aufgelöst werden könnten und vom Landkreis übernommen würden?

Der OKD irrte, wenn er glaubte, durch eine Zerschlagung der Jugendämter in Papenburg und Lingen Kosten reduzieren zu können. Nach dem neuen KJHG hatten Kinder und Jugendliche ein Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung und die Maßnahmen der Förderung wurden gleichberechtigt nebeneinander gestellt. Es ließen sich also nicht, wie der Oberkreisdirektor es versuchte, z.B. Unterbringung in Pflegefamilien und Heimerziehung gegeneinander auszuspielen. Es war schon entlarvend, wenn der OKD einerseits argumentierte, es herrschten keine inhaltlichen Differenzen und gleichzeitig beklagte, dass der Kreis keine Weisungsbefugnisse gegenüber der Stadt Lingen hätte, wenn es um Kostenreduzierung ginge. Sollten in Zukunft die Kämmerer statt der Fachleute im Jugendamt über Hilfen zur Erziehung der Jugendlichen entscheiden?

Wenn die CDU im Emsland das Wohl der Jugend im Auge hat, dann sollte sie ihren Oberkreisdirektor bremsen.

Der Leser hat das Wort

Veröffentlichungen stellen die persönliche Ansicht des Einsenders dar. Textkürzungen behalten wir uns vor. Die Redaktion

„Der Oberkreisdirektor irrt“

Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) wurde 1990 unter Mitwirkung aller Parteien umfassend neu gestaltet. Mit der Diskussion aus Anlaß des neuen KJHG über die Kosten der Jugendhilfe stellt der Oberkreisdirektor die Absichten des neuen KJHG in Frage. Die Zielvorstellung, das Kind und den Jugendlichen bei den Maßnahmen und Diensten der Jugendhilfe nicht mehr isoliert zu betrachten, sondern seine Familie und sein soziales Umfeld einzubeziehen, will das KJHG auch durch eine Stärkung des Jugendamtes erreichen. Das Jugendamt erhält eine nahezu uneingeschränkte örtliche und sachliche Zuständigkeit für die Durchführung der Aufgaben und die Gewährung der Leistungen der Jugendhilfe.

Herr Brümmer stellt mit seiner Diskussion über die Kosten der Jugendhilfe die Existenz der Jugendämter in Papenburg und Lingen in Frage. Für den großflächigen Landkreis Emsland haben sich die eigenständigen Jugendämter im Süden in Lingen und im Norden in Papenburg für eine ortsnahe und flexible auf die örtlichen Bedürfnisse eingehende Jugendhilfe bewährt. Will der Oberkreisdirektor diese aus „finanzpolitischen Gründen“ zur Disposition stellen?

Tatsache ist, daß das Jugendamt des Landkreises im Gegensatz zu den Jugendämtern von Papenburg und Lingen nur 19 Prozent der Leistungen pro Kopf der Bevölkerung, die diese Jugendämter aufwenden, für die Jugendlichen gewährt. Es könnte der Verdacht entstehen, daß der Landkreis Emsland seine Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe vernachlässigt.

Herr Brümmer behauptet, es bestünde keine inhaltlichen Differenzen zwischen den Jugendämtern in Papenburg, Lingen und dem Landkreis. Wenn das so ist, so frage ich, warum er durch eine Diskussion über die Kosten provoziert, daß die Jugendämter in Lingen und Papenburg eventuell aufgelöst werden und der Landkreis dann die Kosten der Jugendhilfe allein tragen muß.

Der Oberkreisdirektor irrt, wenn er glaubt, durch eine Zerschlagung der Jugendämter in Papenburg und Lingen Kosten reduzieren zu können. Nach dem neuen KJHG haben die Kinder und Jugendlichen ein Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung, und die Maßnahmen der Förderung werden gleichberechtigt nebeneinander gestellt. Es lassen sich also nicht, wie der Oberkreisdirektor es versucht, z. B. Unterbringung in Pflegefamilien und Heimerziehung gegeneinander ausspielen.

Es ist schon entlarvend, wenn der Oberkreisdirektor einerseits argumentiert, es herrschten keine inhaltlichen Differenzen zum Jugendamt Lingen, und wenn er gleichzeitig beklagt, daß der Kreis keine Weisungsbefugnisse gegenüber der Stadt Lingen hat, wenn es um Kostenreduzierung geht. Sollen in Zukunft die Kämmerer statt der Fachleute im Jugendamt über die Hilfen zur Erziehung der Jugendlichen entscheiden?

Wenn die CDU im Emsland das Wohl der Jugend im Auge hat, dann sollte sie ihren Oberkreisdirektor bremsen. Oder will die CDU durch eine Diskussion über die Jugendhilfekosten leichtfertig die bewährte Existenz der Jugendämter in Papenburg und Lingen, die ortsnah und bezogen auf die örtlichen Bedürfnisse Jugendhilfe betreiben, aufs Spiel setzen?

Peter Raske
Vorsitzender des Arbeitskreises Soziales des SPD-Unterbezirks Emsland
Am Kamp 31,
Papenburg

Ems-Zeitung 16.02.1991

Der Leser hat das Wort

Veröffentlichungen stellen die persönliche Ansicht des Einsenders dar. Textkürzungen behalten wir uns vor. Die Redaktion

„Bezeichnend ist die wiederholt sichtbar werdende Doppelstrategie"

Zum Leserbrief „Der Oberkeisdirektor irrt", den der Arbeitskreisleiter Soziales des SPD-Unterbezirks Emsland, Peter Raske, in der EZ-Ausgabe vom 16. Februar 1991 veröffentlichte, erhalten wir folgende Zuschrift:

Wenn ich lese, wie Herr Raske meine Äußerungen in einem Interview zur Jugendhilfeproblematik interpretiert, so muß ich den Eindruck haben, daß er entweder dieses Interview gar nicht gelesen hat oder aber meine Ausführungen bewußt verdreht. Damit sich der Leser von der Diskussion ein objektives Bild machen kann, möchte ich daher noch einmal die Zusammenhänge darlegen.

Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind nach dem Gesetz zunächst die Landkreise und die kreisfreien Städte. Auch kreisangehörige Städte und Gemeinden können, wenn sie leistungsfähig sind, zu örtlichen Trägern der Jugendhilfe bestimmt werden. Wer also Träger ist, muß auch alle anfallenden Kosten selbst tragen.

Die Städte Lingen und Papenburg betreiben ihr Jugendamt seit 1924. Meppen z. B. hat kein eigenes Jugendamt. Um nun Lingen und Papenburg als Träger der Jugendhilfe nicht schlechter zu stellen als die übrigen Gemeinden im Landkreis, hat der Kreistag schon bald nach der Kreisreform beschlossen, beiden Städten die Kosten für Heimunterbringungen und für die Familienpflege von Kindern und Jugendlichen voll zu erstatten. Dies war und ist eine freiwillige Leistung des Landkreises. Vor der Kreisreform wurden der Stadt Lingen vom damaligen Landkreis Lingen nur 75 Prozent der Jugendhilfekosten erstattet, was auch heute noch in Niedersachsen dort die Regel ist, wo kreisangehörige Städte und Gemeinden eigene Jugendämter betreiben. Weder dort noch in der Vergangenheit ist in Lingen allerdings jemand auf den Gedanken gekommen, eine Kostenerstattung, die nicht bei 100 Prozent liegt, sei als Provokation für die Abschaffung eines Jugendamtes zu verstehen, wie Herr Raske es interpretiert.

Das zum 1. 1. 1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz verpflichtet uns nun, zu einer neuen Kostenerstattungsregelung zu kommen. In der können dann auch Personalkosten, die bisher die Städte selber getragen haben, berücksichtigt werden. Der Landkreis hat also bewußt diesen Zeitraum gewählt und sucht nach Möglichkeiten, wie die von Jahr zu Jahr stark angestiegenen Kostenerstattungen ohne eine Minderung der Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien in einem finanzierbaren Rahmen gehalten werden können. Schließlich war es nicht zuletzt die SPD-Kreistagsfraktion, die hier in der Vergangenheit immer wieder auf eine Lösung gedrängt hat.

Mit geht es jedenalls darum, die Verantwortung der Jugendämter selbst zu stärken, denn es ist immer mißlich, wenn der eine immer handeln darf, der andere aber finanziell für das Handeln aufkommen muß. Ein Vorschlag des Landkreises für eine einvernehmliche Regelung geht also dahin, die Kostenerstattungen an die beiden Städten auf der Basis der Kosten für 1990 (plus x) zu pauschalieren, ohne daß etwa – wie Herr Raske meint - die Kämmerei hier Einfluß auf Jugendhilfeleistungen nehmen könnte.

Zurückweisen muß ich den Verdacht von Herrn Raske, der Landkreis Emsland würde seine Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe vernachlässigen. Die Mitarbeiter im Kreisjugendamt sind ebenfalls qualifiziert und engagiert wie anderswo und erfüllen ihre Aufgaben mindestens genausogut. Und viele der Aufgaben, die mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz zu Pflichtaufgaben geworden sind, hat der Landkreis bisher schon auf freiwilliger Basis geleistet wie beispielsweise die sozialpädagogische Familienhilfe, die sozialen Trainingskurse und die voll ausgebauten Erziehungsberatungsstellen.

Für mich will Herr Raske mit seinem Leserbrief ohnehin nur den Wahlkampf einläuten. Was allerdings bezeichnend ist, ist die hier wiederholt sichtbar werdende Doppelstrategie der SPD. Wie schon bei der Diskussion um die Drogenberatungsstelle Lingen, wo die SPD-geführte Landesregierung den Landkreis Emsland drängt, die Trägerschaft an einen freien Träger abzugeben und bereits den Fortfall von Landeszuwendungen angekündigt hat, ist es die SPD im Emsland, die den Landkreis vor einer Übergabe der Beratungsstelle warnt. Hier bei den Auseinandersetzungen um Kostenerstattungen für die Jugendhilfe ist es, neben anderen, die SPD-Kreistagsfraktion gewesen, die mich in den letzten Jahren immer wieder angemahnt hat, diese Kosten in den Griff zu bekommen. Und jetzt, wo der Landkreis konkrete Vorschläge auf den Tisch bringt, ist es wiederum die emsländische SPD, die dagegen hält. Ich sehe hier zunächst Klärungsbedarf innerhalb der einzelnen Gremien der SPD.

Entscheidungen gegen die Interessen der Kinder und Jugendlichen werden wir nicht treffen.

Karl-Heinz Brümmer
Oberkreisdirektor
Ordeniederung 1
4470 Meppen

DMSG Papenburg

Papenburg. – Die Mitglieder der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft, Landkreis Emsland e. V., treffen sich am Donnerstag, 21. Februar, um 15 Uhr im Kaminzimmer der St.-Josef-Kirche in Vosseberg. Betroffene, die keine Fahrgelegenheit haben, melden sich frühzeitig beim MHD, Behindertentransport, Flachsmeerstraße (Tel.

Ems-Zeitung 20.02.1991

Der Leser hat das Wort

Veröffentlichungen stellen die persönliche Ansicht des Einsenders dar. Textkürzungen behalten wir uns vor. Die Redaktion

„So können Sie keinen Keil zwischen die SPD-Gremien treiben"

Auf den Leserbrief von OKD Brümmer (Ausgabe vom 20. 2. 1991) antwortet der Leiter des Arbeitskreises Soziales im SPD-Unterbezirk, Peter Raske aus Papenburg:

. . . Wenn Sie schon objektiv informieren wollten, Herr Brümmer, dann hätten Sie auch darüber informieren müssen, daß die SPD-Kreistagsfraktion maßgeblich daran beteiligt war, daß trotz des Vorschlages der Kreisverwaltung schon im vergangenen Jahr bis jetzt noch keine Entscheidung über die Festschreibung der Jugendhilfekosten getroffen wurde. Der SPD-Kreisfraktion erschien die Vorlage der Kreisverwaltung und deren Begründung nicht ausreichend. Sie wollte sich vor einer Entscheidung noch weiter sachkundig machen. Insofern können Sie keinen Keil zwischen die Gremien der SPD treiben. Die SPD wird sich für die sozial Schwachen einsetzen.

Wenn Sie meinen, ich wolle den Wahlkampf einläuten, so verlieren meine Argumente dadurch nicht an Gewicht, wie Sie es anklingen lassen möchten . . . Die Position der SPD ist klar, sie setzt auf eine ortsnahe, auf die örtlichen Bedürfnisse eingehende Jugendpolitik. Dafür ist es wichtig, die Jugendämter in Lingen und Papenburg zu erhalten.

Eine Position der CDU des Kreises vermisse ich bis jetzt. Die CDU in Papenburg scheint sich entschieden zu haben und will das Jugendamt in Papenburg aufgeben, wenn der mehrheitlich CDU besetzte Kreistag sich nicht doch noch im Interesse der Jugendlichen für eine ausreichende Kostenerstattung für das Jugendamt Papenburg ausspricht.

Zum Abschluß möchte ich feststellen, daß auch ich die Mitarbeiter im Kreisjugendamt für qualifiziert und engagiert halte, die ihre Aufgaben entsprechend ihren Möglichkeiten gut erfüllen. Nur wenn Sie zur Verantwortung der Jugendämter ausführen, es sei „immer mißlich, wenn der eine immer handeln darf, der andere aber finanziell für das Handeln aufkommen muß", dann wird für mich daraus deutlich, daß es Ihnen nicht um fachliche Gesichtspunkte bei der Diskussion um die Jugendhilfe geht und daß Sie wahrscheinlich dies auch ihre Mitarbeiter in Ihrem Jugendamt spüren lassen.

Ems-Zeitung 23.02.1991

MÄRZ 1991

„Weiter politisch Druck machen für das Jugendamt"

Papenburg (lü). — „Weiter politisch Druck machen" will die Papenburger SPD für den Erhalt des Jugendamtes der Stadt. Während der Ortsausschußsitzung am Montagabend forderte Peter Raske, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, eine Jugendhilfeplanung für den Landkreis, die im Verlauf des nächsten Jahres erstellt werden müsse. Erst auf dieser Grundlage könne eine Verteilung der Kosten vorgenommen werden. Inzwischen habe der Landkreis die Kosten vor allem für die Heimunterbringung weiter zu erstatten, meinte Raske.

„Der Wegfall des Jugendamtes wäre für junge Menschen eine Katastrophe", sprach sich auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Roland Seemann, nochmals für den Verbleib des Amtes aus. Er begrüßte die parteiübergreifende Haltung in dieser Frage, die sich während der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ergeben habe.

Seemann und andere Mitglieder des Ortsvereins unterstrichen in diesem Zusammenhang, daß die Demonstration während einer Ratssitzung die Meinungsbildung entscheidend beeinflußt habe. „Die Anhörung hat etwas bewegt", würdigte Seemann auch das Engagement Betroffener während der Ausschußsitzung. Ein Umschwenken der CDU-Fraktion sei unter dem Eindruck der vorgetragenen Argumente deutlich zu spüren gewesen. Noch stehe aber die Diskussion im Rat bevor, warnte der Fraktionsvorsitzende vor verfrühtem Optimismus.

Der Ortsverein stellte noch einmal klar, daß nur mit einer Jugendarbeit und -hilfe vor Ort Probleme im sozialen Umfeld frühzeitig aufgegriffen werden könnten. Der starke Publikumsverkehr im Jugendamt bestätige, daß die Arbeit im engen Kontakt mit den Betroffenen unerläßlich sei. Die hohen Kosten dürften allein kein Argument gegen das Jugendamt sein. „Das sind vorbeugende Maßnahmen, die sich eines Tages bezahlt machen", meinte Wolfgang Lelonek.

Ems-Zeitung 06.03.1991

April 1991

SPD will Gleichstellungsstelle mit einer hauptamtlichen Kraft

Kandidaten für Stadt- und Ortsrat nominiert - Arbeitsplätze sichern

Papenburg. — „Jetzt braucht Papenburg eine starke SPD!" Unter diesen Leitsatz stellte die SPD ihre Wahlkreisdelegiertenkonferenz am Samstag in Papenburg. Gerade unter den veränderten politischen Bedingungen in Hannover möchte e vor Ort mehr Einfluß gewinnen. Die Ortsvereine Papenburg und Aschendorf wählten aber nicht nur ihre Kandidaten und Kandidatinnen für den Kommunalwahlkampf, sondern stellten auch die Leitlinien ihrer künftigen Politik in den einzelnen Ortsteilen vor.

Roland Seemann, Spitzenkandidat am Untenende, zog eine Bilanz der Fraktionsarbeit in der letzten Wahlperiode. Er stellte zunächst fest, daß Politik in der Opposition ein mühsames Geschäft sei. Viele Themen aus dem letzten Wahlprogramm der SPD seien nur teilweise oder noch gar nicht verwirklicht worden. Immerhin wurden einige Dinge in Gang gebracht, um dann, oft erst mit Widerstreben, von der Mehrheitsfraktion verwirklicht zu werden. Dazu gehöre die überbetriebliche Ausbildung, die inzwischen voll anerkannt und gefördert werde, aber auch der Neubau für das DIZ.

Als Erfolg, nicht zuletzt aufgrund der beharrlichen Argumentation der SPD-Fraktion, wertete er die Erhaltung des Jugendamtes. Die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze blieben sicher ein Hauptanliegen der Fraktion. Ein Schritt, um Frauen helfen zu können, bestehe in der Errichtung einer Gleichstellungsstelle mit mindestens einer hauptamtlichen Kraft, aber auch im Engagement für ein Frauenhaus. Bedeutung hätten in nächster Zeit natürlich auch die Themen Emsvertiefung und Prüfstrecke für Mercedes.

Die Richtlinien der Aschendorfer SPD stellte Werner Gouterney vor, wobei er betonte, daß es für ihn und seine Mannschaft sehr schwer sei, vor dem Hintergrund des schwebenden Selbständigkeitsverfahrens endgültige Wahlaussagen zu treffen. Ein Hauptanliegen sei für die Aschendorfer die Verkehrsplanung. Obwohl man der Bahnspange zugestimmt habe, „damit in diesem Bereich endlich etwas passiert", halte man nach wie vor die Direktverbindung für die bessere Lösung. Ablehnend stehe man der Renovierung des Hauses Schmock v. Ohr gegenüber. Statt dessen möchte man eine Konzentrierung der vorhandenen Mittel auf den Erhalt des Gutes Altenkamp. Die Ausweisung weiterer Baugebiete sei ebenfalls ein wichtiges Anliegen.

Für die Kommunalwahl wurden folgende Kandidaten nominiert:

Ortsrat in Aschendorf

Hans-Werner Gouterney, Aschendorf; Engelbert Jansen, Aschendorf; Klaus Dieter Plenter, Aschendorf; Hermann Korte, Aschendorf; Fritz Dacke, Aschendorf; Bernd Eiken, Aschendorf; Franz Josef Aschendorf; Fritz Dacke, Aschendorf; Bernhard Bloem, Papenburg; Klaus-Dieter Plenter, Aschendorf; Engelbert Jansen, Aschendorf; Heinz-Gerd Neumann, Herbrum; Hermann Korte, Aschendorf; Bernd Eiken, Aschendorf; Franz Josef Antepohl, Aschendorf.

Wahlbezirk II: Untenende

Roland Beemann, Papenburg; Barbara Gruner, Papenburg; Anton Schipmann, Papenburg; Franz Kummer, Papenburg; Ferdinand Saalfeld, Papenburg; Wolfgang Rolfes, Papenburg; Lothar Gautier, Papenburg; Marianne Stege, Papenburg; Wolfgang Lelonek, Papenburg; Eilt Feldmann, Papenburg; Peter Raske, Papenburg; Reinhard Glitsch, Papenburg; Hermann Hartkens, Papenburg.

Wahlbezirk III: Obenende

Wolbert Schepers, Papenburg; Wilhelm Kröger, Papenburg; Manfred Berends, Papenburg; Anne Schnieders, Papenburg; Wilhelm Kleinert,

Ems-Zeitung 26.04.1991

Mai 1991

SPD: Emsvertiefung ist dringend erforderlich

Ökologische Ausgleichsmaßnahmen sind notwendig

EMSLAND. Für die Vertiefung der Ems zwischen Papenburg und Emden sprach sich der SPD-Unterbezirksvorstand Emsland und die SPD-Kreistagsfraktion aus.

Diesem eindeutigen Votum war eine Diskussion mit dem Betriebsrat und dem Firmenchef der Meyer-Werft in Papenburg vorausgegangen, an der neben Vertretern der emsländischen SPD auch Sozialdemokraten aus dem Landkreis Leer teilnahmen. Voraussetzung für den Ausbau der Unterems ist nach Auffassung von Gert Otten, Langen, die Beachtung ökologischer Gesichtspunkte.

Peter Raske, Papenburg, forderte, daß sichergestellt werden müsse, daß die „Tunxdorfer Schleife" nicht trocken falle. Das gleiche gelte für das „Ems-Altwasser Vellage".

Weiterhin befürwortete der SPD-Vorstand den Rückbau von Deichen an ökologisch sinnvollen Stellen.

Jetzt sei Kanzleramtsminister Seiters (CDU) gefordert, meinte Harald Höhne, Lingen, in Bonn dafür einzutreten, daß für diese Ausgleichsmaßnahmen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Klagen gegen den Ausbau der Ems zu verhindern, die den Ablauf verzögern.

Auch unter Berücksichtigung sozialpolitischer Aspekte sei die Emsvertiefung dringend erforderlich und wichtig für die Struktur des Papenburger Raumes.

Die Meyer-Werft beschäftige 1800 Arbeitnehmer. Des weiteren gebe es eine Vielzahl von Unterverträgen mit Spezialfirmen. Auch das müsse nach Auffassung von Peter Raske, Papenburg, berücksichtigt werden. Abschließend stellte Inge Lemmermann (MdL) fest: Was die Landesregierung unter Gerhard Schröder für den Bau der Mercedes-Teststrecke in Papenburg beispielhaft vorgemacht hat, muß auch für die Bundesregierung für die Emsvertiefung möglich sein: Die Verbindung von Ökonomie und Ökologie.

Ems-Zeitung 14.05.1991

Forderungen zum ÖPNV

Auf einer Vorstandssitzung begrüßte der SPD-Vorstand die verkehrspolitische Neuorientierung der SPD-Landesregierung. Die Verkehrspolitik der rot-grünen Koalition in Niedersachsen würde den Gemeinden und Landkreisen Anreize für die Erstellung vernetzter Verkehrssysteme anbieten. Die Erstellung von OPNV-Systemen würde durch das Land unterstützt. Das Land würde die Investitionen der Verkehrsträger unterstützen, die Modernisierung des Verkehrsparks mitfinanzieren, regionale Verkehrsuntersuchungen verpflichtend den Landkreisen auferlegen. Die Betriebsdefizite könnten jedoch nicht vom Land finanziert werden.

Der Vorstand der Papenburger SPD begrüßte, dass vom Verkaufserlös für die Mercedes-Teststreckenfläche ein Pilotprojekt für den öffentlichen Personennahverkehr finanziert werden konnte. SPD-Kreistagsabgeordneter Ferdinand Saalfeld sollte sich dafür einsetzen, dass dieses Pilotprojekt im Emsland angesiedelt würde. Manfred Berends begrüßte die Initiative des niedersächsischen Wirtschaftsministers, der im Bundesrat eine Änderung des Einkommensteuer- und Straßenbaufinanzierungsgesetzes erreichen wollte. Niedersachsen würde darauf drängen, die Mineralölsteuereinkommen auch für den Ausbau des Schienenverkehrs und des ÖPNV einzusetzen. Peter Raske kritisierte, dass die Bundesregierung, die beschlossene Mineralölsteuererhöhung um etwa 12 Milliarden Mark voll zur allgemeinen Haushaltsdeckung nutzen wollte. Berhard Bloem regte an, dass in Papenburg neue Wege im Öffentlichen Personennahverkehr gegangen werden müssten. So könnte z.B. eine übertragbare Umweltschutzmonatskarte, ein Bus-Rufsystem oder ein Discobus eingeführt werden.

SPD: Verkaufserlös in der Region halten

Verkehrskonzept der Landesregierung begrüßt

Papenburg. — Auf der letzten Vorstandssitzung erläuterte Peter Raske, Ortsvereinsvorsitzender, die Verkehrspolitik der rot-grünen Koalition. In Niedersachsen wird die SPD-geführte Landesregierung den Gemeinden und Landkreisen Anreize für die Erstellung vernetzter Verkehrssysteme anbieten.

Die Erstellung von ÖPNV-Systemen wird durch das Land unterstützt werden. Das Land wird die Investitionen der Verkehrsträger unterstützen, die Modernisierung des Verkehrsparks mitfinanzieren, regionale Verkehrsuntersuchungen verpflichtend den Landkreisen auferlegen. Die Betriebsdefizite können jedoch nicht vom Land finanziert werden.

Der Vorstand der Papenburger SPD begrüßte, daß vom Verkaufserlös für die Mercedes-Teststreckenfläche ein Pilotprojekt für den Öffentlichen Personennahverkehr finanziert werden kann. Ferdinand Saalfeld, SPD-Kreistagsabgeordneter, wird sich dafür einsetzen, daß dieses Pilotprojekt im Emsland angesiedelt wird. Manfred Berends, stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender, begrüßte die Initiative des niedersächsischen Wirtschaftsministers, der im Bundesrat eine Änderung des Einkommensteuer- und Straßenbaufinanzierungsgesetzes erreichen will. Niedersachsen wird darauf drängen, die Mineralölsteuereinkommen auch für den Ausbau des Schienenverkehrs und des ÖPNV einzusetzen.

Peter Raske kritisierte, daß die Bundesregierung, die beschlossene Mineralölsteuererhöhung um etwa 12 Milliarden DM voll zur allgemeinen Haushaltsdeckung nutzen will. Abschließend regte Bernhard Bloem an, daß in Papenburg neue Wege im Öffentlichen Personennahverkehr gegangen werden müssen. So könnte z. B. eine übertragbare Umweltschutzmonatskarte, ein Bus-Rufsystem oder ein Disco-Bus eingeführt werden.

Ems-Zeitung 16.05.1991